

Die "Freiheit" erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Sport Welt", "Frauen Welt" und "Der Jugend-Geselle". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Haus für den Monat April 35.- M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32.- M. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Streifen bezogen für Deutschland, Dänisch, das Saar- und Lothar, unter Streifen bezogen für die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 60.- M., für das übrige Ausland 57.- M.

Die abendgebundene Sonntagsausgabe über deren Raum kostet 12.- M. einschließlich Anfertigungskosten. Kleine Anzeigen: Das feinstgedruckte Blatt 2,50 M., jedes weitere Blatt 1,75 M., einschließlich Anfertigungskosten. Anzeigen für Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 5.- M. mehr pro Zeile. Stellen-Gesuche in der Abendausgabe: das feinstgedruckte Blatt 2.- M., jedes weitere Blatt 1,50 M.

Verantwortlicher Redakteur: Zentrum 152 30-152 30

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Das Ringen der arbeitenden Klasse

### Große Lohnbewegungen in allen Ländern

#### Der amerikanische Bergarbeiterstreik

New York, 31. März.

In letzter Stunde haben die Mitglieder der Arbeiterpartei im Kongress Harding gebeten, noch einmal Vertreter der Arbeiter und der Arbeitgeber zu neuen Verhandlungen zusammenzurufen.

Inzwischen hat ein Parlamentsausschuss damit begonnen, in Washington die Vertreter der streikenden Parteien über das Lohnproblem im Bergbau zu vernehmen. Die Vertreter der Arbeiter erklären, der weitaus größte Teil von ihnen verdiene jährlich 1000-1200 Dollar, und nur wenige brähten es auf 1400. Tagelöhner verdienen 7-7 1/2 Dollar, andere, die noch der geförderten Kohlenmenge bezahlt werden, bringen es auf 10-11 Dollar. Wenn man die Feiertage abrechne, so komme man nur auf ein mittleres Jahresseinkommen von weniger als 1500 Dollar, während die notwendigen Lebenskosten 1800 Dollar erfordern. Die Arbeiter verlangen eine Lohn-erhöhung von 20 v. H., so daß sie auf etwa 1400 Dollar jährlich kämen. Die Besitzer der Hartkohlengruben behaupten dagegen, es sei eine Herabsetzung der Löhne um 19 v. H. nötig, um den Stand der Profitabilität wieder zu erreichen.

#### Der Beginn des Streiks

New York, 31. März.

Heute um Mitternacht werden durch den unvermeidlichen Beginn des Bergarbeiterstreiks in den Kohlenrevieren die Vereinigten Staaten in einen schweren Lohnkampf gedrängt. Regierung, Industrie und Geschäftswelt sehen dem Streik ruhig entgegen, weil die Kohlenvorräte nach den Ermittlungen des Arbeitsministeriums für die lebensnotwendigen Betriebe voraussichtlich auf mehr als zwei Monate ausreichen werden.

Die Regierung hält sich vorläufig in diesem Streit zwischen Kapital und Arbeit abseits und beschränkt sich auf Aufrechterhaltung der Ordnung. Erst später, wenn neue Verhandlungen mit den Hartkohlen-Bergleuten scheitern, die Weichkohlen-Bergleute auf der Ablehnung jeder Verhandlung bestehen, und eine Kohlennot drohen sollte, will die Regierung eingreifen. Im Augenblick besteht die Hauptaufgabe der Regierung darin, darauf zu achten, daß der Streik nicht zu ungerechtfertigter Vereinerlichung dient.

Eine Bekanntmachung des Ministers Davis betont, daß angesichts der vorhandenen Vorräte jede Preis-erhöhung unberechtigt wäre und appelliert an das Publikum, Geduld zu haben. Der Bericht hebt hervor, daß Justizministerium werde jeden Kohlenwucher verfolgen.

(E.P.) Washington, 1. April.

Die Bestrebungen des Arbeitsamtes des Repräsentantenhauses, um den Ausbruch des Kohlenstreiks zu verhindern, sind vollständig gescheitert. Der Ausstand hat schon an verschiedenen Orten begonnen und wird am Sonnabend in den Vereinigten Staaten allgemein werden.

Am Mitternacht wurde mitgeteilt, daß heute 600 000 Kohlenarbeiter mit dem Ausstand beginnen werden, d. h. mehr als 1/2 aller Kohlenarbeiter der Vereinigten Staaten. Die Ursache des Ausstandes liegt darin, daß die Arbeitgeber die Löhne um 20-40 Prozent herabsetzen sollen.

Der amerikanische Minister Davis gibt für den Ausstand auf den Weichkohlenrevieren die Hauptschuld den Streikführern, die wiederholt Verhandlungen abgelehnt haben. Er erwartet schnelle Ergebnisse von den Verhandlungen auf den Hartkohlenrevieren.

#### Die Lage in der Tschechoslowakei

Prag, 31. März.

Der Kollektivvertrag in der Metallindustrie ist heute abgeschlossen. Die seit einigen Wochen dauernden Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern haben, namentlich in der Lohnfrage, zu keiner Einigung geführt. Die Unternehmer beharren auf der fünfprozentsigen Vorschlagslösung und erklären, daß die von den Arbeitern vorgeschlagene Lohnherabsetzung für eine Gesundung der Unternehmungen nicht hinreichend sei. Die Verhandlungen wurden heute unterbrochen. Die Arbeiter werden in einer Vertrauensmänner-Versammlung am Montag neue Direktiven für die Verhandlungen verlangen. Zur Ermöglichung einer ruhigen Verhandlungsumgebung haben die Unternehmer beschlossen, die bisher geltenden Lohnsätze für kurze Zeit über den 31. März hinaus zu verlängern.

Die Reichskonferenz der Glasarbeiter hat die wählbaren Vertreter der Zentrale der Arbeitergewer-

schaften und den Unternehmern vereinbarten Vermittlungsanträge angenommen. Die Arbeit wird am Montag wieder aufgenommen. Die weiteren Verhandlungen über den Inhalt der Kollektivverträge werden gleichfalls am Montag eröffnet werden.

#### Neue Lohnkämpfe in Ungarn

(Zitel) Budapest, 1. April.

Die christlichen Gewerkschaften der städtischen Festangestellten haben in einem Ultimatum an den Magistrat eine 25prozentige Lohnerrhöhung gefordert. Der Magistrat hat bisher noch keinen Beschluß in dieser Angelegenheit gefaßt.

#### Vorkonferenz der Alliierten

(E. P.) Paris, 1. April.

Der Gedanke, in Genua vor der Eröffnung der Konferenz eine Versammlung der alliierten Delegationsführer zu veranstalten, ist nach dem Londoner Korrespondenten des "Petit Parisien" von Lloyd George bei seiner ersten Unterredung mit Schanzer aufgestellt worden. Lloyd George sei der Ansicht, daß diese vorbereitende Versammlung nötig sei, um alle Unverständnisse zu vermeiden. In dieser Versammlung soll nicht nur die Prozedur der Konferenz, sondern auch der Grund der Verhandlungen besprochen werden. Die Versammlung soll am 9. April stattfinden. Die französische Delegation hätte daran teilzunehmen, Lloyd George und Schanzer beschloßen außerdem, daß die erste Sitzung nur der Eröffnungsrede des italienischen Ministerpräsidenten gewidmet sein sollte. Diese Vorschläge sind Poincaré bei der Rückkehr Schanzer nach Rom mitgeteilt worden. Der Korrespondent schreibt, man sei in englischen politischen Kreisen der Ansicht, daß diese vorbereitende Versammlung zu der jüngsten Rede Dr. Wittes um so nötiger sei, um den deutschen Gemütern, die daraus bestehen, die englisch-französischen Meinungsverschiedenheiten auszubeten, zuvorzukommen. Schanzer hat mit Lloyd George ein Zusammenreffen am dem 9. April vereinbart und die Hoffnung ausgedrückt, daß nicht nur der Führer der französischen Delegation ihm beiwohnen werde, sondern auch Poincaré.

#### Die russische Hungersnot

##### Eine Neuherung Krasins.

(Zitel) Moskau, 30. März.

Krasin äußerte sich einem Mitarbeiter der "Pravda" gegenüber über die Versorgung Russlands mit Saatgetreide folgendermaßen:

Die Getreidegebiete erheben sich aus Russland sowie aus dem Auslande, vor allem aus Amerika, Schweden, Polen, den baltischen Staaten, Rumänien und Bulgarien Saatgetreide. Auf je vier Waggons Saatgetreide wurde ein Waggon mit Lebensmitteln geschickt, das Getreide nicht als Nahrung verwendet werde. Vom Volkskommissariat für Außenhandel, der amerikanischen Hilfsorganisation und dem Ransenschen Hilfskomitee wurden für die mittleren Wolgaregiete 10 Millionen Pud Saatgetreide, für den Südober 11 Millionen und für die Ukraine 2 Millionen Pud eingekauft. Gleichzeitig mit diesen Transporten treffen auch die Lebensmitteltransporte der ausländischen Hilfsorganisationen sowie die vom Volkskommissariat für Außenhandel gekauften, zumal Kohlenlieferungen ein. Der Transport dieser großen Mengen wurde dadurch erschwert, daß die Getreideschiffe des Eises wegen erst vom 1. März ab regelmäßiger eintreffen konnten. Wenn man in Betracht zieht, daß allein in den baltischen Häfen in der Zeit vom 1. Februar bis 10. März 61 Dampfer mit 7 Millionen Pud Getreide eintrafen, daß vom 10. März an weitere 49 Dampfer mit 10 Millionen Pud unterwegs waren, kann man sich ein Bild machen, wie durch diesen Umstand alle Berechnungen über den Haufen geworfen wurden, und der Vortransport durch die Eisenbahn erschwert worden ist. Durch das Vereisen der Häfen haben wir drei Wochen verloren.

#### Die Budapester Pogrome

(Zitel) Budapest, 1. April.

Vor dem hiesigen Gerichtshof hatten sich 10 Personen wegen der Anklage, an den Judenpogromen bei Kivack teilgenommen zu haben, zu verantworten. Bei jenen Vorfällen waren Juden blutig geschlagen und jüdische Geschäftslokale geplündert und zerstört worden. Sämtliche Angeklagte wurden vom Gericht mit der Begründung freigesprochen, daß sie Patrioten seien und diesen Patriotismus in den Kämpfen gegen die ungarischen Banden bewiesen hätten.

#### Die Fürsorgeerziehung

Die Vorkommisse in der Erziehungsanstalt Struwehof bieten Gelegenheit, sich mit einer der traurigsten Erscheinungen unseres Gemeinwesens - den öffentlichen Fürsorgeanstalten - auseinanderzusetzen. In einem Augenblick, wo ein neues Strafgesetzbuch modernen kriminalpolitischen Gesichtspunkten zum Siege verhelfen soll, in einer Zeit, wo die Erziehung und Besserung des verbrecherischen Menschen als erstes Gebot der Gesundung unseres Strafvollzugs aufgestellt wird, geben die Zustände in den Fürsorgeanstalten Anlaß zu den schmerzhaftesten Befürchtungen. Wie soll der deutsche Strafvollzug kriminalpädagogischen Aufgaben gegenüber gelegentlichen oder gewohnheitsmäßigen Rechtsverletzern gewachsen sein, wenn die oft sogar mit neuesten technischen Mitteln ausgerüsteten Fürsorgeanstalten nicht den viel leichteren Anforderungen der Erziehung von Jugendlichen gerecht werden können? Welche Erwartungen sind auf die Strafvollzugsbeamten zu stellen, wenn das jetzige Erziehungspersonal der Fürsorgeanstalten einfach verläßt? Allerdings das, was sich Erzieher gegenüber Strafvollzugsbeamten herausnehmen, wärenden Strafvollzugsbeamten nie gegenüber erwachsenen Zuchthäuslern wagen. Die Wehrlosigkeit des Kindes scheint die Brutalität seiner Erzieher geradezu zu reizen.

Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß die hin und wieder auftauchenden Berichte über Fürsorgeanstalten-greuel nur Zufälligkeiten und Ausnahmen im Rahmen dieser Gebilde sind. Nur einige Tatsachen aus neuerer Zeit seien hier besonders erwähnt. In Struwehof, einer bautechnisch wundervoll angelegten Anstalt vor den Toren Berlins, wird in der psychopathischen Abteilung ein Knabe vom Inspektor mit Füßen getreten. Im Lübecker Rettungshaus hat der Hausvater Erik fortgesetzt die Zöglinge mißhandelt. In der Gerichtsverhandlung ist festgestellt worden, daß den Knaben mit einer Hundepeitsche oder mit einem Stock bis 80 Hiebe verabreicht wurden, daß sie in Ketten gelegt worden seien, in denen sie auch arbeiten mußten, und die so- gar während der Nacht nicht abgelegt werden durften. Wochenlang blieben bestraft diejenigen Jungen, die einmal durchgebrannt waren, gefesselt, so daß wunde Stellen an den Beinen entstanden. Trotz des Antrags des Staatsanwalts, der auf Gefängnis lautete, nahm das Gericht in allen Fällen, die vor dem 29. März 1916 lagen, Verjährung an und erkannte nur für einen Fall überschrittener Züchtigung auf 500 Mark Geldstrafe.

Auf dem Bahnhof von Lautern im Erzgebirge sind am 3. Januar drei gefesselte Kinder im Alter von 8-12 Jahren gesehen worden. Ob die Schilberungen der Zustände in der Prenzlauner Mädchenfürsorge zutreffen, wird noch abzuwarten sein. Fügt man aber in diesen Rahmen noch die vor einiger Zeit im Thüringer Landtage besprochenen Vorkommisse in der Hötthaer Fürsorgeanstalt hinzu, wo unter Leitung des Oberpfarrers die Zöglinge sich in einem geradezu verwahrlosten Zustande befanden, so erscheint die Behauptung gerechtfertigt, daß das, was in die Öffentlichkeit dringt, nur ein kleiner Teil dessen vorstellt, was in Wirklichkeit an diesen unglücklichen Kindern verbrochen wird.

Da wundert man sich noch, daß immer wieder entsprungene Fürsorgezöglinge in Verbrecherbanden aufgegriffen werden. Es ist viel mehr unbegreiflich, daß diese Jungen überhaupt noch halten lassen. Wie müssen die Fürsorgezöglinge seelisch entwürdigt und verflucht sein, wie stark muß die Angst ihnen in den Knochen sitzen, daß sie unter Umständen nicht in offene Rebellion ausbrechen und sich nicht alle auf- und davonmachen! Um so schlimmer rächen sie sich aber hinterher an der Gesellschaft, wenn sie einmal nicht gebessert, jedoch verbittert, ins Leben entlassen werden. Dann zerbricht man sich den Kopf über Sicherungsmaßnahmen gegen das gemeingefährliche Treiben der fast unverbesserlichen Rückfälligen, für deren künstliche Heranzüchtung man so vorzüglich gesorgt hat.

Es ist letzten Endes die selbstgefällige Heuchelei der bürgerlichen Gesellschaft, ihre durch nichts gerechtfertigte überhebliche Selbstüberschätzung in punkto Schein-Rechtsschaffenheit, Schein-Ehrlichkeit und allen anderen wohlbekanntem Spiekerungen, die in ihrem Unterbewußtsein den wahren Grund für die Nichtachtung und die Verachtung selbst jugendliche Rechtsverletzern gegenüber abgeben und so jeder durchgrei-

fenden Reform an der Jugendfürsorge und am Straf-  
vollzuge entgegenarbeiten. Direktor Blum, der Leiter  
der Fürsorgeanstalt Lindenhof, hat vor einiger Zeit  
in eindringlichen Worten die Grundlagen der neuen  
Erziehungsmethoden dargelegt. Lehrer und Zöglinge  
eine große Lebensgemeinschaft, Schaffensfreude an der  
Arbeit, Bedingung des Verantwortungsgefühls durch  
Selbsttätigkeit und anderes mehr: das schien ihm die  
Mittel und Wege zu sein, die Fürsorgezöglinge der Ge-  
meinschaft als taugliche Menschen zurückzugeben. Diese  
Sätze wird wohl auch Direktor Brake von Stru-  
wehof Wort für Wort unterschreiben. Und doch war es  
keine Anstalt, wo Inspektor Wankel, vorläufig un-  
bestraft, einen kranken, wehrlosen, von ihm zu Boden  
gestreckten Buben mit Häfen treten durfte. Und nach  
wie vor bleibt dieser Mensch in seinem Amte, weil er  
nicht entlassen werden kann.

Die Produktionschule als Lebensschule, als harmo-  
nisches Zueinandergehen von Bildungs- und Ar-  
beitschule, könnte in den Fürsorgeanstalten zur  
Wirksamkeit, zur Tat werden. Schule, Werkstatt, Gar-  
ten, Acker sind in den meisten Fällen zu einem einheit-  
lichen Gebilde vereint. Materielle Kräfte, technische  
Möglichkeiten liegen brach, weil der schöpferische Wille,  
die zielstrebende Persönlichkeit des modernen Er-  
ziehers fehlt. Hier könnte den Schulreformern, die mit  
dem theoretischen Ausbau ihrer Schulprobleme fast  
fertig sind, Gelegenheit gegeben werden, das Wort zur  
Wirksamkeit zu gestalten. Denn nichts tut den Für-  
sorgezöglingen, diesen Burschen und Mädels, so not,  
wie die Erziehung durch die Gemeinschaft für  
die Gemeinschaft. Nur durch die bewusste  
Pflege des Gemeinschaftsgefühls zwischen Erziehern  
und Zöglingen, zwischen Zöglingen untereinander, in  
Schule und Betrieb, in Garten und auf dem Acker, in  
Spiel und Sport, können die seit frühester Kindheit ge-  
züchteten antisozialen Instinkte zu neuen inneren  
sozialen Werten umgelenkt werden.

Was wir so weit sind, muß das Übel wenigstens ge-  
mildert werden. Das kann nur durch die schärfste Kon-  
trolle der Anstalten durch obligatorische Aufsichtsräte  
geschehen. So könnten immerhin die schlimmsten  
Formen der Kindermißhandlung und des Mißbrauchs  
der Gewalt verhindert werden.

### Graf Palen verhaftet.

Sie der „Golob Ross“ meldet, ist der zaristische General  
Graf Palen von der Berliner Kriminalpolizei ver-  
haftet worden. Die Verhaftung steht im Zusammenhang mit  
dem Attentat in der Philharmonie. Graf Palen gehört einem  
alten russischen Adelsgeschlecht an und befehligte während  
des Baltikum-Abenteuers eine Division der Armee  
Judenitsch. Später trat er in die sogenannte westrussische  
Regierung ein, die sich während des Baltikumabenteuers in  
Mitau gebildet hatte. Er arbeitete damals Hand in Hand  
mit dem Grafen von der Goltz und dem Vandenführer  
Wischof, der im Baltikum die deutsche Truppe befehligte.  
Nach dem Zusammenbruch des Unternehmens flüchtete Palen  
gemeinsam mit Awalow-Bermond nach Deutschland  
und Bermond, der Schwindler und Betrüger, wurde von  
Rostke festlich empfangen.

Es ist noch bekannt, daß das Ziel des Baltikumabenteuers  
dahin ging, die Sowjetregierung zu stürzen und den Zarismus  
in Rußland wieder aufzurichten. Maßgebende deutsche  
Kreise, insbesondere die Militär-, unterstützten dieses Unter-  
nehmen durch Nachschub von Mannschaften und Kriegs-  
material. Die deutschen Behörden spielten ein Doppelspiel  
und leiteten dem Unternehmen direkt und indirekt Hilfe.  
Überall wurden Werbestellen errichtet. Die beiderseitigen  
Verpflichtungen gingen dahin, daß die deutschen Monar-  
chisten ihre Mithilfe bei der Wiedererrichtung der Zaren-  
herrschaft insagten. Nach Gelingen des Planes sollten die  
deutschen Truppen in Rußland kehrt machen und in

### Volkshochschule in Amerika

Einen eigenartigen Versuch einer tiefen Verdringung und  
eines fruchtbaren geistigen Austausches zwischen zwei ein-  
ander fast unbekanntem Weltteilen machte im Sommer 1921 ein  
amerikanisches Frauencollege von Philadelphia und  
Beltsville: das Bryn Mawr College in Philadelphia. Wie an-  
dere Institutionen dieser Art eine Heimatschule mit einem tra-  
ditionellen Leben von so ausgesprochen akademisch-artisti-  
schem Charakter, als sich dies mit der „Demokratie“ ver-  
trägt, beschloß das College im Januar 1921, eine „Som-  
merschule“ für Fabrikarbeiterinnen einzurichten.  
Die Kühnheit des Versuches, Arbeiterinnen, die ein in-  
stinktives Mißtrauen gegen das „College-girl“ (den Lyzeum-  
Bodsch) verlannt hatten, konnte nur weitgemacht werden  
durch den Erweis legitimer Anfruchtlichkeit und voller Hingebung  
an die Bewirtlichung um der arbeitenden Frauen willen,  
obwohl noch so leichte Nebenabsichten oder Gefallen in der Rolle  
der Begleiterinnen. Und es scheint, daß die Probe, für dieses  
erste Mal, genügend bestanden wurde, um wiederholt zu  
werden.

Es war der erste Versuch irgendeines akademischen  
College, seine Tore zu öffnen und seine geistigen Kräfte mit  
ihrem ganzen Einsatz zur Verfügung zu stellen für Ange-  
hörige des feinen sonstigen Bewohners am weitesten ent-  
fernten Fabrikberufes. Die erste Fühlung mit den Ver-  
treterinnen der Arbeiterinnenschaft — aus der Frauen-  
abteilung des Arbeitsamtes der Vereinigten Staaten und  
von verschiedenen Arbeiterinnengruppen — zeigte, daß der  
Plan Widerhall fand, und es wurden gemeinsame Ausschüsse  
zu weiterer Beratung und Vorbereitung eingesetzt. Der Kurs  
sah dann von Mitte Juni bis Mitte August 1921 statt.  
Die Kosten — 200 Dollar für jede der circa 80 Teilneh-  
merinnen — wurden durch Stipendien aufgebracht.

Die in die Tiefe gehende Wirkung der Zusammenarbeit  
zwischen geistigen und Handarbeitenden in der „Workers Edu-  
cational Association“ (Arbeiterbildungsvereinigung) in  
England gab den Anstoß und den Mut, junge Frauen und  
Mädchen acht Wochen miteinander leben, lernen und sich  
ihres Jungseins freuen zu lassen, von denen die einen ge-  
wohnt waren, ihre Lebenserkenntnis im Wort und im Den-  
ken zu gewinnen, während den andern die Sprache der Dinge  
und schlichten Geschehnisse der Quell ihres Lebensverhältnis-  
nisses waren; Menschen, denen das tägliche, mühselige, der

Deutschland die Monarchie errichten, wobei ihnen wiederum  
Hilfe von den zaristischen Rüssen zugesagt war.

Das Abenteuer scheiterte, in der Hauptphase infolge des  
zähen Kampfes, den wir an dieser Stelle führten. Die Be-  
ziehungen zwischen den deutschen und russischen Monarchisten  
ließen aber auch nicht nach, nachdem das Baltikum-Aben-  
teuer zusammengebrochen war. Noch beim Kapp-Putsch  
haben die russischen zaristischen Offiziere tätige Mithilfe ge-  
leistet. Sie verkehrten in ihren zaristischen Uniformen mit  
den kappistischen Führern und das in Berlin erscheinende  
Organ der russischen Monarchisten, der „Prigint“, begrüßte  
lebhaft den Sturz der Regierung Ebert.

Als dann die Kappisten das Weltel suchen mußten, ver-  
krochen sich die russischen Monarchisten in Bayern, wo  
sie unter dem Schutz der Behörden ihre Tätigkeit gemeinsam  
mit Ludendorff, Oberst Bauer, Kapitän Ehrhardt und anderen  
Verächtern bis auf dem heutigen Tage fortsetzten.

### Deutschnationale Wucherer

Für den Lieferskiz, für den Steuerkiz!

Im Preussischen Landtag kam es am Donnerstag zu einem  
schon fast zusammengebrochenen mit den Deutschnationalen. Der  
Landwirtschaftsminister, der gegenwärtig zur Beratung steht, gab  
den Linksparlamentarier Gelegenheit, mit dem unerhörten Wucher  
abzurechnen, den die Agrarier betreiben, und der von den  
Deutschnationalen im Landtag beschönigt und unterstützt  
wurde. So schamlos wie die Deutschnationalen die räuberischen  
Forderungen der Agrarier vertreten, sind wohl selten in  
einem Parlament die Forderungen einer räuberischen  
Kaste vertreten worden. Es war bemerkenswert, daß auch  
der Redner des Zentrums sich mit ziemlicher Schärfe gegen  
den Landbund und die Deutschnationale Partei wendete.

Die Deutschnationalen wollen unter allen Umständen den  
letzten Rest der Zwangswirtschaft in Brotgetreide befestigen.  
Ganz offen drohen die Agrarier mit dem Liefers- und  
Steuerkiz, wenn diese Forderung, die der schranken-  
losen Ausbeutung für und Tor öffnen soll, nicht schnellstens  
durchgeführt wird. Ein Organ des Landbundes hatte erst in  
den letzten Tagen eine sehr scharfe Drohung ausge-  
stoßen, die im Landtag zur Sprache gebracht wurde und fol-  
genden Wortlaut hat:

„Die Nacht haben wir. Wir haben im Reichslandbund  
1 1/2 Millionen Bauern zusammengeschlossen. Das sind zehnmal  
mehr, als die Lokomotivführer, die strafflos das Volk an der Nase  
herumführen. Wer will uns freie Bauern zwingen? Die unzu-  
länglichen Nachmittage der Regierung brauchen wir nicht zu fürch-  
ten. Unser Lieferskiz und unser Steuerkiz werden die Wichtigkeit dieser Tatsachen be-  
weisen.“

Der Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf, der im  
übrigen für die agrarischen Forderungen weitgehendes Ver-  
ständnis hat und sich sogar für die Aufhebung des Umlage-  
verfahrens einsetzte, wagte es immerhin, gegen eine derartig  
scharfe Tonart zu protestieren. Derartige Redewendungen  
sind gerade im gegenwärtigen Augenblick geeignet, Erregung  
in die Bevölkerung hineinzutragen, und eine solche Politik  
kann deshalb nicht aufrechterhalten werden.

Die Deutschnationalen schühten sich durch diese äußerst  
milde Kritik getroffen. Sie ließen eine Erklärung der  
Fraktion verlesen, in der gegen die äußerst maßvollen  
Ausführungen des Ministers scharf protestiert wurde. Der  
Minister machte sofort einen Rückzug und erklärte, daß es  
nicht seine Absicht sei, der Landwirtschaft irgendwie zu nahe  
zu treten. Das genährte aber den Deutschnationalen nicht.  
Ihre Redner tobten wie die Berserker gegen den Minister,  
und jetzt wird die Hebe gegen ihn in den deutschnationalen  
Blättern fortgesetzt. Die Deutschnationalen werden erst zu-  
frieden sein, wenn ein agrarischer Riesenschleicher  
den Posten des Landwirtschaftsministers einnimmt. Ihre  
Diktatur wird diktiert durch den Umstand, daß der Landbund  
angedroht haben soll, die Zahlungen an die Deutschnationale  
Partei kasse einzustellen, wenn es den Deutschnationalen  
nicht gelingen sollte, das Umlageverfahren zu beseitigen.

Materie in Inhalt und Zweck zugewandte Tun auch der  
Ausdruck ihres Innenlebens sein mußte.

Es wurde beschlossen, Frauen und Mädchen im Alter von  
18 bis 30 Jahren teilnehmen zu lassen, und zwar für das  
erstmal nur solche, die mit eigener Hand in maschineller Ar-  
beit beschäftigt waren. Freiheit von Dogmen und festen  
Theorien wurde als Grundvoraussetzung zum gemeinsamen  
Studium, unter voller Diskussionsfreiheit, anerkannt. Als  
Gegenstände wurden solche Themen ausgewählt, die während  
12 Jahren Arbeit der W. C. A. in England von Arbeiterinnen  
und Arbeiterinnen am meisten verlangt worden waren und  
den Vertreterinnen der Organisationen arbeitender Frauen  
unterbreitet. Auf deren Wunsch wird zu Englisch, Geschichte,  
Literatur, Wirtschaftslehre, Arbeiterbewegung, elementare  
Rechtswissenschaften, puvvischer Geographie, Hygiene usw. noch ein  
Kursus für Kunst- und Musikverständnis zugesetzt werden.

Die Teilnehmerinnen bezogen die ihnen einge-  
räumten, einen großen Teil des Ganzen umfassenden  
Räume des College zusammen mit denjenigen Studentinnen,  
die während der Ferien ihr Leben mit ihnen teilten  
und mit ihnen in den gewöhnlichen gemeinsamen Schlaf-  
sälen schliefen. Von den Studentinnen übten einige das Amt  
eines „Tutors“ aus, d. h. es waren einer jeden solchen zwei  
Gruppen von je fünf Kursteilnehmerinnen zugeteilt, mit  
denen sie je zwei Stunden täglich zur Ergänzung der Vor-  
lesungen und eigener Vorkläre arbeiteten und Fragen durch-  
sprachen. Die Vorlesungen waren absichtlich spärlich,  
so daß wenig mehr als diese 12 Wochenstunden planmäßig  
festgesetzte Arbeit vorgesehen waren. Es wurde von vorn-  
herein die Wichtigkeit des Gemeinschaftslebens  
und eines festlichen Charakters der ganzen Zeit erkannt und  
den geistlichen Veranstaltungen, dramatischen Aufführungen,  
Schwimmen, Turnen usw. viel Spielraum gegeben. Dagegen  
wurden die jungen Arbeiterinnen völlig von häuslichen  
Pflichten befreit, was sie, aus ihrer Ueberbürdung damit  
während des ganzen Jahresrunds, als große Erleichterung  
empfanden. Es mag einen leisen Begriff von ihrer gewöhn-  
ten Lebenssphäre geben, wenn man sich vergegenwärtigen  
muß, daß viele von ihnen mit dem Worte „Erholung“ keine  
Vorstellung von etwas Selbstverletem zu verbinden wußten!

Das Experiment in seiner Einmaligkeit, Neuheit und  
Kürze läßt gewiß noch keine sicheren Schlüsse darüber zu, ob  
und seiner Wiederholung Werte erwachsen werden, die es  
für die Allgemeinheit wichtig macht, davon zu wissen. Jeden-

### Kriegs- und Friedenskommunismus

Auf dem Parteitag der russischen Kommunisten hielt  
Trotski eine Rede, in der er nach dem „Dzi-Expreß“ er-  
klärte, daß der anfängliche Kurs der Expropriation und der  
spätere Übergang zu den Vertragsbeziehungen mit der In-  
dustrie im natürlichen Verlaufe der proletarischen Revolu-  
tion liegen habe. Er stimmte darin Lenin völlig zu, daß  
eine Erweiterung des Wirkungsbereiches des Rates der  
Volkskommissare und des Staatsapparates erforderlich sei.  
Es sei nicht Sache einer Regierungspartei, sich mit aller-  
hand Detailangelegenheiten zu befassen. Das System, wo-  
nach die Entscheidungen prinzipieller wirtschaftlicher Fragen  
in den Parteikomitees gefällt werden, müsse abgeschafft wer-  
den. Diese Entscheidungen müßten verantworten Leuten über-  
lassen werden, welche die volle Verantwortung dem Staate  
gegenüber für ihre Handlungen tragen. Wenn jedoch die  
gesamte europäische Bourgeoisie die Sowjetregierung an-  
greifen sollte, so werde der Sowjetstaat wieder den Kriegs-  
kommunismus einführen, der noch schonungsloser als wäh-  
rend des Bürgerkrieges sein werde. Das würde die Folge  
der Verhinderung der neuen Wirtschaftspolitik sein, die auf  
eine lange friedliche Zusammenarbeit mit den bürgerlichen  
Ländern eingestrichelt sei.

### Vertrauensvotum für Lenin

Moskau, 31. März.

In der Debatte über die Rede Lenins auf dem 11. russi-  
schen kommunistischen Parteitag, forderten mehrere Redner  
eine genaue Umschreibung der zu gewährenden Konzessionen.  
Trotski betonte die Notwendigkeit der Erziehung der  
Jugend für die kommenden Aufgaben. Eine Reihe von Red-  
nern drückte ihre Befriedigung über die von Lenin angeregte  
Trennung der Partei vom Sowjetapparat aus, andere wieder  
belegten die schwierige materielle Lage der Kommunisten  
angesichts der neuen Wirtschaftspolitik. Nach dem Schlußworte  
Lenins beantragte der Vorsitzende ein Vertrauensvotum für  
die Regierungspolitik im vergangenen Jahre. Der Antrag  
wurde bei vier Stimmenthaltungen angenommen.

### Kabinettskrise in Spanien.

Madrid, 1. April.

Unterrichtsminister Sillio und Justizminister Milla  
haben demissioniert. Der erstere ist durch den konservativen  
Montelo, der letztere durch den Minister Ordonez ersetzt  
worden, der seinerseits durch Admiral Albero ersetzt wird.  
Die Demission des Unterrichts- und Justizministers ist er-  
folgt, weil der König das Dekret über die Wiederherstellung  
der konstitutionellen Garantien in Spanien ohne die Zustimmung  
des Ministerrats unterzeichnet hat.

### Kleine Nachrichten.

Einste in Paris. Professor Einste hielt gestern nach-  
mittags im College de France einen Vortrag über die Relati-  
vitätstheorie vor überfülltem Saale. Unter den Anwesenden  
bemerkte man u. a. den früheren Präsidenten Deschanel,  
den Fürsten Roland Bonaparte, den Philosophen Bergson,  
den Radiumforscherin Curie, den holländischen Mathe-  
matiker Lorentz und den italienischen Historiker Ferrero.  
Einste hielt den Vortrag in französischer Sprache. Sein  
Erscheinen gab zu großen Sympathieausdrücken Anlaß.

Anklage gegen die Kartisten. Der Anklageanwalt des Bundes-  
richter Hofmann erklärte seinen Beschluß in der Angelegenheit  
des Königsputzes. Danach werden Stefan Ralowski, Graf Julius Andraß und Graf Sigra als  
Hilfsmittel wegen des Verbrechens des Aufstuhres unter  
Anklage gestellt. Wegen desselben Verbrechens werden  
ferner als Täter weitere sechs Personen unter Anklage gestellt.

Der neue amerikanische Botschafter für Oesterreich. Prä-  
sident Harding hat zum amerikanischen Botschafter in  
Oesterreich Hr. Albert D. Washburn ernannt, einen  
New-Yorker Advokaten.

falls aber darf gesagt werden, daß die Arbeiterinnenschaft,  
sowohl in ihren Organisationen als im einzelnen, die Ven-  
eintrichtung begrüßte und unterstützte, und daß der Verlauf  
der diesjährigen Sommerschule den verantwortlichen Frauen  
eine Ermüdung war und ein Weiterstreiten auf dem ein-  
geschlagenen Wege zu rechtfertigen scheint. Nicht nur für  
den nächsten Sommer sollen Vorbereitungen getroffen wer-  
den; bei der Beendigung der Kurse beschloß man, an den  
Wohnorten der Heimkehrenden nach Möglichkeit, soweit durch-  
führbar, unter Mitarbeit einjähriger Studentinnen von Bryn  
Mawr Abendkurse einzurichten zu helfen, damit diejenigen  
unter den Arbeiterinnen, die es dazu drängte, mit dem bei-  
gegebenen Studium fortfahren, sich ändern mitteilen und viel-  
leicht im einen oder anderen Falle sich für einen späteren  
Kursus vorbereiten können.

Die entschieden gelungenen Zusammenarbeit war schon in  
sich ein wertvoller und anspornender Versuch, denn die Zu-  
sammengehörigkeit der Teilnehmerinnen wies ebenso große Ver-  
schiedenheiten der einzelnen untereinander auf wie ein Ge-  
meinschaftsleben junger Mädchen und Frauen aus so ge-  
trennten Weltteilen ein Wagnis war. Viele der Mädchen er-  
klärten, nicht gewohnt zu haben, wie anders die Industrie-  
verhältnisse in entfernten Landesteilen sind. Interessant  
war die durchgehende Beobachtung, daß die Amerikanerinnen  
wenig Sinn für die sozialphilosophischen Ideen haben, die  
in der Arbeiterbewegung zur Auswirkung kommen, und sich  
im allgemeinen mehr für rein praktische als für philoso-  
phische Fragen interessieren. Hervorragende gedankliche Ar-  
beit wurde von einer kleinen Gruppe russischer Jüdinnen  
geleistet.

Alle Einrichtungen waren auf Selbstverwaltung  
und Mitspracherecht der Vernenden aufgebaut;  
in dem siebenköpfigen Direktionskomitee waren zwei Ar-  
beiterinnen.

Innerhalb der Volkshochschularbeit war es wohl der erste  
großartige Versuch einer wechselseitigen intensiven  
Durchdringung akademischen Geistes mit der  
Welt harter maschineller Arbeit. Ein Anfang ist gemacht,  
und es wird der Mühe wert sein, nach Fortgang und Folge  
zu fragen.

Die „Gandara“ und „Verfremde“-Mittelung von geschichtlichen  
Geschehnissen in erdumwandelnde Verhältnisse ist weiterhin an allen Wochentagen  
von 10-6 Uhr geöffnet. Wegen des Ausanges in den Wochentagen verpflichtet  
sich der Besuch am Vormittag oder in den frühen Nachmittagsstunden.

# Die Deckungskrise

Die unmittelbare Veranlassung zu dem Konflikt zwischen unseren Magistratsmitgliedern und unserer Stadtverordnetenfraktion in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung war die Ablehnung der Deckungsvorlage. Der Magistrat beabsichtigt nun, da in der letzten Sitzung eine aus Deutschnationalen, Unabhängigen und Kommunisten bestehende Mehrheit die Erhöhung des Gas- und Straßenbahnfahrpreises abgelehnt hat, neue Dringlichkeitsvorlagen für die Erhöhung dieser beiden Tarife schleunigst einzubringen, so daß sie womöglich schon in der nächsten Donnerstagssitzung beraten werden können. Zu den bisherigen Gründen für die Erhöhung kann der Magistrat mit vollem Recht noch den weiteren hinzufügen, daß inzwischen die Arbeiter — ebenfalls mit vollem Recht — im Anschluß an den am 31. März ablaufenden 10. Lohnarif wiederum neue Lohnforderungen gestellt haben.

Die finanziellen Folgen der Ablehnung der letzten Deckungsvorlagen gehen aus folgenden Angaben hervor:

Der Magistrat hatte die auf Grund des Schiedspruches ermittelten Mehrbeträge der Arbeiter und Anwerftellen in den Verwaltungen und in der Kammerverwaltung für Februar und März 1922 auf 747<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen, für das neue Rechnungsjahr April 1922 bis März 1923 auf 451<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen berechnet, die weiteren Mehrausgaben durch Steigerung der Preise von Materialien, Strom und so weiter auf etwa 103<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen, das sind zusammen über 689<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen Mehrausgaben. Dazu kam der Nechbeitrag nach der vorigen Deckungsvorlage mit reichlich 231<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen, so daß diesmal etwa 921<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen zu decken gewesen wären. Demgegenüber wurden die Mehreinnahmen aus den Erhöhungen geschätzt bei den Elektrizitätsstarifen auf 58 Millionen, bei den Gasstarifen auf 70<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen, bei den Wasserstarifen 10<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen, bei den Straßenbahntarifen auf 276 Millionen, bei der Gewerbesteuer auf 150 Millionen, im ganzen auf 564<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen, so daß von den oben nachgewiesenen 689<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen Mehrausgaben immer noch 406<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen als Nechbeitrag ungedeckt geblieben wären. Nachdem die Tarifserhöhung bei Gas und Straßenbahn abgelehnt worden ist, erhöht sich der Nechbeitrag auf 70<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen und 276 Millionen, zusammen 346<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen, so daß der Gesamtnechbeitrag auf 733<sup>1</sup>/<sub>10</sub> Millionen sinkt.

Trotzdem nun bei der weiteren Lohnserhöhung, die den Arbeitern nach unserer Auffassung und der der Stadtverordnetenfraktion bewilligt werden muß, die Mehrausgaben noch weiter anwachsen werden, will der Magistrat nicht über die bereits geforderten Tarifserhöhungen hinausgehen. Es handelt sich also um die Erhöhung des Gaspreises von 3,30 Mk. auf 3,50 Mk. und um die Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises von 2 Mk. bzw. 3,50 Mk. auf 3 Mk. bzw. 5 Mk.

Die Erhöhung der Gaspreise und des Straßenbahnfahrpreises ist zur Deckung der Mehrausgaben für Löhne, höhere Kohlenpreise usw. bestimmt. Die Notwendigkeit zur Rentabilität der gewerblichen Unternehmungen der öffentlichen Körperschaften ist von der Unabhängigen Sozialdemokratie stets anerkannt worden. Sie hat sich bisher nur dagegen gewandt, daß etwaige Erhöhungen zum Zwecke der Deckung der allgemeinen Ausgaben der Stadt verlangt wurden. Das ist aber hier nicht der Fall, so daß sich die Stadtverordneten, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind, auch der Zustimmung zu diesen Erhöhungen nicht entziehen dürfen. Wir wollen außerdem darauf verweisen, daß dieser Standpunkt überall vertreten wird, wo die Unabhängige Sozialdemokratie eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik betreibt. Aber auch die Reichstagsfraktion hat genau so gehandelt. In der letzten Sitzung des Reichstages im Jahre 1921 hat sie geschlossen für die Erhöhung der Postgebühren gestimmt, die damals die nicht mehr ganz nüchternen Demokraten zu Fall zu bringen suchten.

## Heimann - Armand Carrel Im Staatstheater.

Ein historisches Stück ist Armand Carrel von Maximilian, denn es spielt in Paris, das 1836 von den Stürmen der Julirevolution noch erzittert, unruhig aber und gewaltig sich zu neuen Staatsformen emporschwingt. Ein Gegenstand ist es, denn Armand Carrel steht Girardin gegenüber wie nach jeder Revolution der Idealist, der sein Recht zur Entschädigung sich zugesteht, den Jobbern des Erfolges, die, wie Girardin sich stets auf dem Boden der legitimen Macht befinden. Ein Gegensatz ist es durch die Zuspitzung zweier politischer Gegner von 1833 zu zeitlos menschlichen Gegensätzen, dem Wahrheitsjäger Carrel, der alles Edle will und in sich schließt, und dem gewissenlosen Erfolgswortführer Girardin, der nur durch das Niedrige siegen und nur das Niedrige hervorbringen kann.

Carrel und Girardin, die sich in ihren Zeitungen bekämpfen, stehen vor einem Duell. Ist es möglich, das Duell zu vermeiden? Beide versuchen es, beide sehen Erklärungen auf, aber keiner veröffentlicht sie — Girardin nicht, weil er Carrel durch Verleumdung zu vernichten hofft, Carrel nicht, weil er erkennt, daß zwei Gegensätze, wie er und Girardin, nur im letzten, persönlichen Kampf sich überwinden können. Für alle hat die Erde Raum; für die beiden gleichzeitig nicht.

Heimann hat sehr fein das Duell nicht allein auf die geistige Gegenätzlichkeit aufgebaut. Er entwickelt aus den Naturen dieser Politiker einen Fall. Carrel hat eine Frau zu schätzen, Girardin kann Carrel vernichten, indem er statt seiner diese Frau in die Dessenlichkeit zieht. Das zwingt Carrel zum Handeln. Sein Tod soll von dieser Frau die Gefahr des persönlichen Schimpfs wenden, oder sein Sieg ihn unmöglich machen.

Die Angel trifft Carrel. Es ist nicht die Zufallsugel des Duells, sondern die feils richtige, eine vom Dichter geführten Schicksals.

Der Wert des Dramas beruht nicht in seiner Dramatik. Heimann hat mit großem, künstlerischen Bedacht „Fehler“ vermieden. In solchem Maße Negatives fernzubalten, ist auch ein Können. Wenn nur das Positive äppiger und blutvoller wäre. Die Bewegungskräfte des „Carrel“ sind nicht Wust, sondern Eporismen, die Menschen handeln nicht aus magischem Zwang, sondern weil sie wissen, was nun zu tun das Richtige ist. Hinter den Namen der Personen leben keine Gefühle, sondern die Begriffe, die Heimann vor ihnen hat. Man erkennt das an den Frauen, die ihre gedachte Weiblichkeit in der Klugheit ihres Takttes verraten, während Carrel sich zu einer geistigen Schwärze entwickelt, die man nie im Dunkeln schimmern sieht.

Von diesem Standpunkt ausgehend, besteht für uns kein Zweifel darüber, daß die Haltung des Magistrats in dieser Frage richtig ist und die Ablehnung der Erhöhung des Gaspreises und der Straßenbahnfahrpreise ein ebenso schwerer wie bedauerlicher Fehler der Führung der unabhängigen Stadtverordnetenfraktion war. Durch die Rede des Genossen Wenzl wurde er zudem noch ungeheuer vergrößert. Man mag zu den einzelnen Handlungen des Magistrats und zu den einzelnen Persönlichkeiten stehen wie man will, eine Fraktion darf sich in ihrer sachlichen Politik nicht durch persönlichen Haß leiten lassen. Und dies um so weniger, als der Magistrat sich in einem schweren Kampf gegen die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung wegen der Verschärfung der städtischen Werke befindet und eine unvernünftige Haltung unserer Fraktion den Magistrat dabei lähmen muß und man so ungewollt den Kapitalisten in die Arme arbeitet.

Auch wir bedauern es, daß die Genossen Brühl und Schünning sich zur Abgabe ihrer Erklärung in der Stadtverordnetenversammlung hinreißten ließen. Man wird ihnen aber dabei zugute halten müssen, daß sie sich sachlich im vollen Recht befanden, als sie sich gegen die herabsiehenden Bemerkungen Wenzls wandten. Eine solche Art der Polemik macht die Arbeit im Magistrat unmöglich und weder diese beiden Genossen, noch unsere anderen Vertreter haben die Möglichkeit des erprießlichen Weiterarbeitens, wenn dieser Kampfesweise gegen sie nicht ein Ende gemacht wird. Dazu gehört aber auch neben anderen hier nicht näher dazulegenden Sicherungen, daß die Stadtverordnetenfraktion sich auf den Boden der kommunalpolitischen Grundsätze stellt, die auf dem Leipziger Parteitag beschlossen wurden und Tarifserhöhungen zustimmt, wenn sie durch die gestiegenen Produktionskosten notwendig geworden sind.

## Der Tarif der städtischen Arbeiter Aussichtreiche Verhandlungen zwischen Magistrat und Gewerkschaften.

Unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Ritter begannen am 1. März die mündlichen Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Arbeitnehmerverbänden. Nach einer Darlegung der Änderungsansprüche des Magistrats durch Dr. Bollbrecht gab die Arbeitnehmerseite durch den Vertreter Lagodzinski Erklärungen zu den Änderungsansprüchen ab, die erkennen ließen, daß die Arbeitnehmerseite sich nicht der Erkenntnis verweigert, ihre tarifvertraglichen Rechte immer mit dem Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit der städtischen Verwaltungen und Betriebe in Einklang zu bringen. Nach dem Verlaufe der Aussprache kann erwartet werden, daß in der Mehrheit der zu behandelnden Fragen eine Uebereinstimmung erreicht werden kann. Es wurde die Fortsetzung der Verhandlungen zum Zwecke von Sonderleistungen der einzelnen Abänderungspunkte beschlossen. Die Verhandlungen über neue dem Magistrat überreichte Lohnforderungen der städtischen Arbeiter sollen sobald als möglich und gleichzeitig mit den Manteltarifverhandlungen geführt werden.

## Gebammenhilfe für Minderbemittelte

Die 26. Tagung der Ortskrankenkassenverbände in Hannover hatte im vorigen Jahre beschlossen, den weiblichen Kassenmitgliedern die freie Gebammenhilfe als Pflichtleistung zu gewähren. Denselben Standpunkt nahmen Vertreter der Spitzenorganisationen aller Krankenkassen auf einer Konferenz ein, die am 7. März im Wohlfahrtsministerium zusammen mit dem bevölkerungspolitischen Untersuchungsausschuß des Landtags und Vertretern der Staatsregierung tagte. Die Beratung des neuen Gebammenhilfegesetzes für Preußen hatte die Notwendigkeit ergeben, dem großzügigen Angebot der Krankenkassen näherzutreten.

Wie aus einem musikalischen Motiv eine Symphonie, entfaltet sich aus dem Ur-Gegenfag von Carrel und Girardin ein Gewebe von Reflexionen, die dem Werk eine feste Dichtigkeit geben. Diese Eporismen sind nicht der Schwund der Rede, wie bei Wilde, sondern die Rede selbst; leuchtend sind sie zu viel Schreibe. Ihre Zuspitzung ist gedacht, aber nicht gehört. Da sich nun das Drama in solchen zugespitzten Worten fortbewegt, ist es für ein nicht feingehöriges Publikum sehr schwer, zu folgen. Theatralisch verklärt ist nur der Satz, der wie aus dem Mund geschossen ins Publikum trifft.

Die Schönheit von Heimanns Geist krönt aber schließlich doch in die Herzen aller Hörer. Seine Worte werden durch die feste Bindung, die es gibt, zusammengehalten; durch die Verantwortung, die das Wahre sucht. Und in jedem dieser resistenten und geistreichen, eleganten und abgründigen Sätze schlägt ein eigenes, weises und stolzes Herz.

Die Aufführung bekräftigte alle Vorwürfe, die ich hier seit Monaten gegen Jehner erhebe: er hat das Staatstheater durch Regietaten erneuert, aber weder das Ensemble noch den Spielplan aufgebaut. Seit zwei Jahren hat Jehner die Aufführung von Arno Nabels „Adam“ angekündigt. Wo bleibt sie? Das Drama der Lebenden ist in diesem Spieljahr erst nach einig durch Heimann vertreten. Wer leitet diese Aufführung? — Regal. Und wie? Die Schauspielerei können im ersten Akt nicht drei Sätze sprechen, ohne sich zu verfluchen. Sie fühlen sich fremd und unsicher auf der Bühne. Sie sprechen im Stille von Sardou; sie arbeiten die Gedanken nicht heraus, sondern verschlucken sie. Die Bühne ist unmotiviert leer. Alle Nebenfiguren sind verbotene Provinz. Ist deswegen Jehner als neuer Reinhardt ausgeschrieben worden?

Andolf Forster gibt dem Girardin sprachlich scharfe Akzente. Aus der Todesstimmung hat Erwin Kellser den Carrel entwickelt. Der erste Akt, in dem Carrel noch selber stark und sicher auftreten muß, litt unter einem linksischen Mangel an Energie. Um so schöner wurden der zweite und dritte Akt. Schon lange wurde keine Rolle so in Geist- und Herzleben verwandelt. Der schöne Augenanschlag, die Sensibilität des ganzen Wesens, Eigenheiten, die gar nicht schauspielerisch ganz gestaltet waren, aber wie persönlich die schauspielerische Leistung durchdrangen, gaben dem Carrel eine warme und überzeugende und zuletzt sogar ergreifende Wirklichkeit. Heimanns Drama wird seinen geistigen Reichtum erst dem Leser schenken. (Das Buch ist bei S. Fischer, Berlin, erschienen.) Dem, was darin an Gestalt lebt, hat Kellser das Leben einer geistig bestirrenden Idealität gegeben. Felix Stöffinger.

Auch das Reich hat hierbei mitzusprechen, da ein Teil der Reichswohlfahrt zur Deckung der Kosten verwendet werden sollte und dies nicht möglich ist ohne entsprechende Änderung der Reichsversicherungsordnung sowie ohne eine zeitgemäße Erhöhung der schon seit geraumer Zeit absolut unzulänglichen Beiträge, die die Wöchnerinnen erhalten.

Es fand deshalb am 28. März im Reichstag eine Aussprache statt, an der Mitglieder des sozialpolitischen Ausschusses im Reichstag, Mitglieder des bevölkerungspolitischen Untersuchungsausschusses im Landtag, sowie Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und des Finanzministeriums teilnahmen. Die Regierung erkannte die große sozialpolitische Bedeutung der freien Gebammenhilfe an; sie äußerte aber auch lebhaftes Bedenken gegen die vorgeschlagene Neuordnung der erheblichen Kosten wegen, und weil die übrigen Länder nun dasselbe verlangen könnten wie Preußen. Das würde dann zu einer reichsgesetzlichen Regelung der Frage führen. Dabei kämen dann in Betracht 250 000 selbstversicherte Wöchnerinnen, 800 000, die künftig auf Grund der Bestimmungen über Familienhilfe freie Gebammenhilfe zu beantragen hätten, sowie 300 bis 400 000 minderbemittelte Wöchnerinnen, die der Reichswohlfahrt unterstehen.

Man muß nun von der Reichsregierung mindere daselbst Maß an Entgegenkommen verlangen können, das die Krankenkassen beweisen haben. Da die Regierung ihr letztes Wort noch nicht sprechen wollte, und auch unter den übrigen Sitzungsteilnehmern die Ansichten ziemlich weit auseinandergingen, soll demnächst eine Konferenz zusammenberufen werden, an der Vertreter des Reichstags, des Landtags, der Krankenkassen und der Reichsregierung über die Reichsfrage, die Frage der Abänderung des Gesetzes und der Kostendeckung die nötige Klärung und hoffentlich auch eine Einigung herbeiführen werden, die einen Schritt vorwärts bedeutet auf dem Wege des staatlichen Mutter-schutzes.

## Die Erhöhung der Postgebühren Der Brief drei bis vier Mark.

Im Hauptausschuß des Reichstages wurde am Freitag die Beratung des Postetats fortgesetzt. Minister Wiesbert sprach sich deutlicher über die schon am Donnerstag als notwendig angekündigte Erhöhung der Postgebühren aus. Er trat zunächst den fürchten Gerüchten entgegen, wonach die Postbeamten um ihre Bezüge zu fürchten hätten, weil die Entente die weitere Auszahlung der Gehälter verhindern werde. Abmann setzte der Minister auseinander, daß die Postverwaltung von dem jährlichen Mehrbedarf der Postverwaltung infolge der Befoldungs- und Lohnerhöhungen im Rechnungsjahre 1922 500 Millionen Mark durch Mehrertrag aus den laufenden Gebühren und 500 Millionen Mark aus Ersparnissen aufbringen könne. Es bliebe dann immer noch ein mehrfaches Milliardendefizit. Um dies auszugleichen, wäre der Brief von 2 Mk. auf 3 Mk. zu steigern, und es wären dementsprechend auch die übrigen Briefpostgebühren zu erhöhen. Der Ortsbriefverkehr bedürfte der Erhöhung, ebenso der Paketverkehr in der Nation. In der Fernzone dagegen müsse schon deshalb eine Steigerung eintreten, weil die Eisenbahn mit ihren Tarifen sehr stark in die Höhe gehe. Beim Telegramm sei an eine Steigerung der Wortgebühr von 1 Mk. auf 1,50 Mk. gedacht. Endlich sei eine Steigerung der Fernsprechgebühren in dem Umfang geplant, daß zu dem jetzigen Gebührenaufschlag auf die gesetzlichen Fernsprechnetze von 80 Proz. ein nochmaliger Aufschlag von 60 Proz. genommen werde. Im ganzen ergäbe sich hierdurch eine jährliche Mehreinnahme von rund 4 Milliarden Mark. Mit den gezeigten Beschlüssen des Hauptausschusses zu der neuen Befoldungsvorlage sei für die Postverwaltung aber eine neue Situation geschaffen. Aus diesen Beschlüssen ergebe sich ein weiterer jährlicher Mehrbedarf von 1 1/2 Milliarden Mk., der nur durch weitere Steigerung der geplanten Gebührens erhöhungen zu gewinnen sei. Als Ausgangspunkt für diese Steigerung habe ebenfalls wieder die Fernbriefgebühr zu dienen, und zwar müsse dann diese Gebühr statt auf 3 Mk. auf 4 Mk. bemessen werden. Beim Telegramm wäre eine Steigerung über den Satz von 1,50 Mk. für das Wort zurzeit nicht möglich.

Abg. Städel (Soz.) warnte den Minister vor der allzu scharfen Steigerung der Posttarife. Das werde den Bescheid drohen. Der Minister müsse noch mehr Gewicht auf Ersparnisse legen. Abg. Hoffmann (U. Soz.) verlangte, daß der Gedanke guter Pädagogik in die Verkehrsverwaltung getragen werde. Die Arbeitsleistung der unteren Beamten könne durch vorzügliche geistige Ausbildung hoch qualifiziert werden. — Abg. Steinkopf (Soz.) beklagte sich darüber, daß ein Teil der höheren Postbeamten keine regelmäßige Dienzeit einhalte. Abg. Jubel (Unabh.) sprach sich gegen die lebenslange Anstellung der Postbeamten aus. Dadurch werde der Beamtenapparat unbeweglich. Neue Anstellungen sollten nur durch Privatdienstvertrag geschehen. Abg. Dr. Wieland (Dem.) äußerte die größten Bedenken gegen eine so starke Steigerung der Postgebühren, wie sie der Minister vorgeschlagen habe.

## Arbeiter, achtet auf eure Kinder!

Schützt sie vor Verheugung durch reaktionäre Lehrer! Gewisse Vorgänge, die sich vor einigen Tagen im Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg abgespielt haben, beweisen, wie notwendig eine Mahnung an alle Arbeitereltern ist, ihre Kinder vor Verheugung gewisser auch Pädagogen zu schützen. Wir wären nicht geneigt, diese Mahnung ganz allgemein zu erheben, wenn die Vorgänge nicht beweisen würden, daß die Verheugung der Kinder ganz systematisch und leider nicht erfolglos vorgenommen wird. Uns wird berichtet, daß bei der Agitation für die weltliche Schule in der vorigen Woche an verschiedenen Schulen im Verwaltungsbezirk Prenzlauer Berg unsere Genossen bei der Flugblattverbreitung von den Kindern in großer Weise belästigt worden sind. Lehrer, die dabei zugezogen haben, griffen nicht ein, sondern duldeten dieses Treiben. An einer Stelle ist die Anregung zu diesem Vorgehen indirekt durch einen Lehrer gegeben worden, der sich ein Flugblatt geben ließ und es in ostentativer Weise vor den Augen der Schüler zerriß. Wie wenig wählisch die Gegner der weltlichen Schulen im Kampfe gegen diese sind, beweist ein Flugblatt, welches sie einige Tage nach der Agitation unserer Genossen verbreitet haben. Dieses hat folgenden Wortlaut:

### Achtung! Ueberfall!

Eure Kinder soll die evangelische Schule geraubt werden! Ihr werdet Besucht von Leuten, die euch veranlassen wollen, durch eure Namensunterschrift für eure Kinder die weltliche Schule zu fordern! Die Einrichtung von weltlichen Schulen ist ganz ungesetzlich. Sie reden euch vor: wenn ihr nicht unterschreibt, werden eure Kinder zum nächsten Erben ausgeschickt! Gerade das Gegenteil ist richtig: wenn ihr nicht unterschreibt, bleiben eure Kinder im altgewohnten, trautgewordenen Schulhaus. Sie reden euch vor: die Umwandlung der Schule in eine weltliche Schule bringt zugleich die Umwandlung in eine gebobene, in eine

Mittelstufe mit sich. Das ist Unsinn. Mittelschule und weltliche Schule haben gar nichts miteinander zu tun. Sie reden sich vor: wir besuchen euch im Auftrag des Stadtschulrats Paulsen. Das kann nur eine derbe Lüge sein, denn der Stadtschulrat darf gar nicht für die weltliche Schule werden. Sie wollen euch überumpeln, damit ihr für eure Kinder auf die religiöse Erziehung verzichtet. Wist ihr, was die weltliche Schule mit sich bringt? Sie zerstört den kindlichen Christenglauben eurer Biedlinge. Das hat Rektor Hennigsen, der Leiter einer weltlichen Schule in Hamburg, öffentlich zugegeben. Ohne Religion sind eure Kinder ohne Halt, ohne Trost, ohne Kraft. Euren Kindern soll Halt und Trost und Kraft geraubt werden. Laßt eure Kinder nicht verenden! Lehnt die weltliche Schule ab! Fordert die evangelische Schule!

**Evangelischer Elternbund.**  
Die Vertreter dieser Flugblätter sind wirklich bezaufene Hüter der Wahrheit. Ein wunderbar Gemisch von Lüge und Unsinn muß herhalten zur Verleumdung der Anhänger der weltlichen Schule. Sie haben damit auch nicht die Absicht, die Eltern für ihre Anschauung zu gewinnen, sondern es kommt ihnen nur darauf an, die ihnen noch immer anvertrauten Kinder mit solch niedrigen Mitteln zu beeinflussen. Netze Pädagogen. Diese Tatsachen sprechen mehr als alles andere für die Notwendigkeit, diesen unheimlichen Elementen die Kinder der Arbeitereltern schnellstens zu entreißen. Noch immer sind diesen Leuten ein großer Teil Arbeiterkinder ausgeliefert und ihren gefährlichen Einflüssen ausgesetzt. Die Gegner der weltlichen Schule führen einen hartnäckigen Kampf gegen die Einrichtung derselben, sie haben die allergrößte Furcht vor dem Anfang, denn sie wissen, in den Bezirken, in denen erst einmal weltliche Schulen eingerichtet sind, helfen keine Lügen und Verleumdungen mehr, sondern die Erfolge sprechen eine so deutliche Sprache, daß sie gegenüber der weiteren Entwicklung machtlos sind. Für die Arbeiterkinder ergibt sich aber daraus die Notwendigkeit, die Werbetätigkeit mit verdoppelter Energie fortzusetzen und alle Anschläge auf die weltlichen Schulen so erfolgreich zu begegnen, daß ihren Gegnern die Luft vergeht, den Kampf weiter zu führen.

### Rettungswesen an den Wasserläufen

Auf Anregung des Rettungsdamts der Stadt Berlin fand unter Leitung des ärztlichen Direktors des Rettungswesens im Rathaus eine Aussprache statt, an der sich Vertreter des Regierungspräsidenten in Potsdam, des Vorklärungsamtes, der Wasserbauämter, des Reichswasserschubes, der Organisation für erste Hilfe (Sanitätskolonnen, Genossenschaften, Samaritervereine), der Ruder- und Segelclubs, der Dampfer-Gesellschaften und der Badanstaltsbesitzer beteiligten. Es wurde beschlossen, bereits in diesem Sommer an den sämtlichen Berliner Gewässern, auf denen Sport irgendwelcher Art betrieben wird, für Rettungseinrichtungen derart zu sorgen, daß die Boote des Reichswasserschubes an den Sonnabenden und Sonntagen Sanitätsmannschaften an Bord führen. Außerdem werden Ruder- und Segelclubs, wie a. B. auch das Dandboot auf dem Wannsee geeignete Räume für Sanitätspersonal zur Verfügung stellen. Außerdem sollen an gewissen Gefahrenpunkten am Rande der Gewässer mit Sanitätsmannschaften und Booten versehene Hilfsstationen eingerichtet werden. Das Rettungsdamt der Stadt Berlin wird die Zentrale für dieses ganze Rettungswesen bilden.

### Aufklärung tut not!

In das Reich des schwärzlichen Aberglaubens leuchtete eine Verhandlung, die gestern das Schöffengericht Berlin-Mitte beschäftigte. Wegen Betruges waren der berühmteste Horoskopist Deutschlands, der Herr Ernst Erlendach und sein „Geschäftsführer“ Wolf Lehmann angeklagt. Vor einiger Zeit wurde vor allem der Norden Berlins mit Zeiteln überschwemmt, die folgenden Inhalt hatten: „Dein Glück ist in den Sternen, deine Handarbeit ist die Seele. Blicke den Schleier, der über deiner Zukunft liegt. Es ist dein Glück, Akademisch geübter Graphologe, Horoskopist und Kartendeuter Erlendach, Discretion Ehrenname.“ Die Folge dieser Rassenpekulation auf die menschliche Dummheit war ein kolossaler Zustrom von Leuten beiderlei Geschlechts. Nicht nur das alte Mütterchen aus der Adersstraße, das wissen wollte, wo sein in Frankreich gefallener Sohn begraben liegt, sondern auch Damen aus dem Westen, die ihr Auto oder ihre Equipage an der nächsten Straßenecke warten ließen, zahlten zu der ausgedehnten Kundenschaft des Schwindlers, der die besten Geschäfte machte. Als der Unfug immer größeren Umfang annahm, schickten Kriminalbeamte eines Tages dem „Seher“ einen Besuch ab und fanden folgende Situation vor: In einem abfälschlich dunkel gehaltenen Kellerloch in der Invalidenstrasse sah der Graphologe in Gestalt eines Jungfrauen mit riesiger Wähne, der ihnen allerlei Unsinn aufzählte. In dem Zimmer, dessen Wände mit astronomischen Bildern geschmückt waren, banden sich zwei bittige Hunde aneinander, die jeden neuen Kunden grimmig anknurrten. Während das Zimmer des Herrn Wahrsagers durch einen überfließenden Petroleumofen mäßig erwärmt wurde, mußte die Kundenschaft in einer kalten Küche auf altmodischen Plüschesseln sitzen.  
Die Verhandlung selbst hatte unaussäglich lächerliche Momente. Das Gericht sprach den Mitangeklagten Lehmann frei, ebenso auch den Angeklagten Erlendach. Es folgte damit der Ansicht des Verteidigers, daß es keine Verbrechen aus dem Grunde nicht als besonders strafwürdig ansehen könne, da die Leute, die ihr Geld für einen derartigen Unsinn ausgeben, wirklich nicht eines besonderen Schutzes durch die Gerichte bedürfen.

### Totschlag in der Stralauer Allee

Gestern abend gegen 1/9 Uhr erschoss der Uhrmacher Heinrich Hornung in der Stralauer Allee den Glasmaler Karl Barisch und verletzte den Arbeiter Albert Diebel schwer durch Revolverschüsse. Der Täter wurde verhaftet. Ueber den Vorfall erfahren wir folgendes: Der 34jährige Uhrmacher Hornung aus der Böhmerstraße 4 befand sich mit seinem kleinen Hunde auf der Straße. An der Ecke der Stralauer Allee kamen der 34jährige Arbeiter Albert Diebel aus der Bassestraße 10 sowie der 24jährige Glasmaler Karl Barisch mit seinem 34jährigen Vater Anton W., wohnhaft Barflossendamm 38, des Weges. Hornung will nun von den Leuten überfallen worden sein. Nach Angaben von Augenzeugen aber ist zunächst Hornungs Hund auf die Männer losgesprungen. Einer von ihnen wehrte den Hund durch Fußtritte ab. Darüber erregt, schlug D. mit der Hundepfote dem Manne über den Kopf und gab dann drei Schüsse ab. Ins Herz getroffen, stürzte Karl Barisch tot zu Boden. Die beiden anderen Schüsse drangen dem Diebel in den Bauch. Man brachte die Opfer zunächst nach der Rettungshalle in der Barischauer Straße, wo der Arzt bei Barisch nur den Tod feststellen konnte. Die Leiche wurde ins Schauhause übergeführt. Den schwerverletzten Diebel brachte man ins Krankenhaus am Friedrichshain. Der Schütze, gegen den die Menge eine drohende Haltung einnahm, wurde von

Kriminalbeamten am Lazarett verhaftet und nach seiner Vernehmung auf dem Revier dem Polizeigewahrsam zugeführt.

**Gemüsebau-Kursus.** An der Höheren Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem findet in der Woche vom 24. bis 29. April d. J. ein Kursus im Gemüsebau für Kleingärtler und Kleingärtnerbesitzer statt. Anmeldungen sind sofort an den Direktor der Höheren Gärtnerlehranstalt Berlin-Dahlem zu richten.

**Wichtig für Sozialrentner!** Nach dem Reichsgesetz vom 7. Dezember 1921 erhalten Rentenempfänger der Invaliden-, Alters- und Angestelltenversicherung (Sozialrentner) unter bestimmten Voraussetzungen Unterstützungen. Entsprechende Anträge sind bei den Leinwand durch Säulenanschlüsse bekanntgegebenen Fürsorgestellen einzureichen. Es wird darauf hingewiesen, daß derartige Anträge bis spätestens 31. März gestellt werden müssen. Bei später eingehenden Anträgen kann eine Nachzahlung für rückliegende Zeit nicht mehr erfolgen.

## Gewerkschaftliches

### Weltwirtschaftliche Probleme

#### Betriebsrätekongress der Textilarbeiter.

Die kürzlich stattgefundene Vertretung der Textilarbeiter stand schon auf geradezu überragender geistiger Höhe und zeitigte Beschlüsse, die als vorbildlich gelten und zu denen wir hinzufügen, daß alle anderen Verbände in allen sozialrechtlichen Fragen eine ähnliche Stellungnahme einzunehmen hätten. Diese hohe Linie wurde fortgesetzt in der am Sonntag, dem 26. März, im Dresdener Volkshaus, stattgefundenen Betriebsrätekongress für den Gau Dresden des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, auf welcher 181 Delegierte, die 265 000 Mitglieder vertreten, zugegen waren. Die Tagesordnung enthielt folgende Punkte:

1. Die wirtschaftliche Situation und die Erfassung der Sachwerte, Referent: Genosse Dr. Hilferding, Berlin; 2. Stellungnahme zur Bildung von Arbeiterkammern, Referent: Max Winkler, Dresden; 3. Die soziale Gesetzgebung, Referent: Schulze, Berlin und 4. die mit dem DGB. bisher gemachten Erfahrungen, Referent: Hugo Senfert, Dresden.

Zu Punkt 1 referierte unser Genosse Hilferding. Sein Referat war getragen von tiefer Sachkenntnis. Er beherrschte die schwierige Materie in jeder Hinsicht, so daß sein Vortrag bei der Versammlung tiefen Eindruck machte, der sich durch starken Beifall fundierte. Die darauf einsetzende Diskussion bewegte sich vollkommen im Rahmen der Ausführungen des Genossen Hilferding. Bezeichnend war, daß auch die Kollegen von der kommunistischen Partei sich vollständig in zustimmendem Sinne zu dem Referat äußerten. Genosse Hilferding konnte in seinem Schlußwort ganz besonders feststellen, daß trotz der vertretenen politischen Richtungen auf der Betriebsrätekongress völlige Einheit in der Auffassung in diesen großen wirtschaftlichen Fragen herrschte.

Einklimmig fand eine Entschließung Annahme, die in gedrängtester Form die heutige weltwirtschaftliche Lage und die deutsche Wirtschaft definiert und die Lösung enthält, um eine Gesundung auf diesen Gebieten herbeizuführen. Es heißt in derselben u. a.:

„Ohne zu verkennen, daß nur in der Ueberwindung des im Friedensvertrag von Versailles zum Ausdruck gekommenen Geistes der Gewaltpolitik und im harmonischen auf gegenseitigem Vertrauen begründeten Zusammenarbeiten der Völker eine wirkliche Gesundung der Volkswirtschaft erreicht werden kann, ist doch der Betriebsrätekongress der Textilarbeiter Sachsens der Meinung, daß im Interesse der Allgemeinheit und besonders der Arbeiterklasse eine Stabilisierung der Mark Vorbedingung dieser Gesundung ist. Voraussetzung zur Verhinderung weiterer Geldentwertung ist Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt des Reiches.“

Vom DGB. wird eine energische Vertretung der Arbeiterforderungen verlangt und ausklagt diese geradezu klassisch formulierte Entschließung in den Ruf zur Einigkeit. Es heißt da:

„Der Kongress erkennt, daß der Kampf der sozialistischen Parteien gegeneinander der Arbeiterklasse außerordentlich schädlich ist und weite Schichten zur Indifferenz führt. Er fordert deshalb die politischen Parteien auf, nicht nur in Worten die Notwendigkeit der Einigkeit zu preisen, sondern in praktischer Arbeit den ernsten Willen zur Einigung zu zeigen. Die Betriebsräte und die Gewerkschaften haben die Pflicht, durch geschlossenen und einheitlichen Druck die politischen Arbeiterparteien zu einheitlichem Handeln im Interesse der Arbeiterklasse zu zwingen.“

Kollege Winkler-Dresden, welcher zu dem Punkt 2 der Tagesordnung referierte, plädierte für die Errichtung von Arbeiterkammern. Er legte am Schluß seiner Ausführung eine Resolution vor, die nach einer kurzen Diskussion gegen eine Stimme angenommen wurde.

Zum 3. Punkt referierte Kollege Schulze-Berlin, welcher ein großartiges Referat hielt. Er wies in seinen Ausführungen auf die Schaffung des neuen Arbeitsrechtes hin, und zeigte an Hand von zahlreichen Beispielen die reaktionäre Auffassung, die vor allen Dingen im Reichsarbeitsministerium vorherrsche. Es heißt für die Arbeiterkassen auf der Hut zu sein, damit nicht die reaktionären Absichten des Reichsarbeitsministeriums Gesetz werden und die Arbeiterkassen unter den Folgen reaktionärer Bestimmungen zukünftig zu leiden haben. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion fand hierüber nicht statt. Das Referat soll in wenigen Tagen in Broschürenform an die Betriebsräte zur Verteilung gelangen.

Der 4. Punkt der Tagesordnung wurde wegen vorgezogener Zeit abgesetzt.

### Die Gehaltsbewegung der Angestellten

In zwei riesigen überfüllten Versammlungen besaßen sich am Freitag die Angestellten des Berliner Einzelhandels mit dem Spruch des Schlichtungsausschusses. Als Referenten berichteten Gen. Puhly, Grete Weinberg und Weinberger über den Verlauf der letzten Gehaltsbewegung. Die Referenten referierten über die einzelnen Phasen der Verhandlungen mit den Arbeitgebern und vor dem Schlichtungsausschuss. Bei der Urabstimmung über den Spruch habe sich keine statutarische Mehrheit gefunden. An den Ausführungen der Referenten schlossen sich kurze Aussprachen, an deren Schluß einstimmig folgende Resolution beschlossen wurde:

„Die Angestellten des Berliner Einzelhandels nehmen davon Kenntnis, daß die Tarifkommission in Gemeinschaft mit den Sektionsleitungen sich dem Spruch des Schlichtungsausschusses gefügt habe. Die Versammelten bringen zum Ausdruck, daß sie mit der Gehaltsfestsetzung für März einverstanden sind, insofern die Zulage von 35 Prozent auf die

gehörtgehaltet im April als viel zu wenig im Hinblick auf die augenblickliche Teuerung betrachten. Sie fordern deshalb die Tarifkommission auf, falls die Teuerung sich im gleichen sprunghafter Weise weiter entwickelt, bei der nächsten Tarifverhandlung darauf hinzuwirken, daß unbedingt ein Ausgleich für April herbeigeführt wird.“

### Die „Arbeiterfäule“ der Reichsgewerkschaft

Der „Deutsche Eisenbahner“, das Organ des Deutschen Eisenbahner-Verbandes bringt in einer Nummer 13 folgende für sich sprechende Mitteilung:

In Sachsen verbreitet die Reichsgewerkschaft gegenwärtig nachstehenden Fragebogen:

#### Erklärung!

Unterzeichneter erklärt hiermit, daß er bereit ist, vom 1. April 1922 ab in die Reichsgewerkschaft einzutreten, wenn auf der außerordentlichen Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft am 3./4. April die Austrichtung einer besonderen Arbeiterfäule innerhalb der Reichsgewerkschaft beschlossen wird.

Vor- und Zuname: .....  
Dienststellung: .....  
Dienststelle: .....  
Privatwohnung: .....

Wo bisher organisiert: .....

Die Reichsgewerkschaft scheint also allen Ernstes daran zu denken, künftig Arbeiter zu organisieren. Abgesehen davon, daß ihr Vorgehen einen Erfolg nicht haben wird, beweist sie nur, daß wir, die Vertreter der Einheitsorganisation des Eisenbahnpersonals, auf dem richtigen Wege sind. Aber wo bleibt bei der Reichsgewerkschaft die Konsequenz? Sie war es doch, die im Beamtenwahlkampf stets mit Nachdruck betonte, Arbeiter und Beamte können nicht gemeinsam in einer Organisation zusammengefaßt werden, der Platz der Beamten sei in der reinen Beamtenorganisation. Nachdem nun die Reichsgewerkschaft, die ihre außerordentliche Hauptversammlung für den 4. und 5. April nach Berlin einberufen hat, den ersten Versuch unternimmt, auch Arbeiter zu organisieren, dürfte wahrscheinlich der Einheitsgedanke rascher als bisher an Boden gewinnen. Aber nicht die Reichsgewerkschaft wird davon den Vorteil haben, sondern unser Verband, der aus den Kreisen der Beamten gerade jetzt starken Zuwachs erhofft.

### Gewerkschaftsliteratur

#### Ausbau der staatlichen Handelsaufsicht.

Unter obigem Titel veröffentlicht der Verlag des Zentralverbandes der Angestellten den in der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Gewerbeaufsichtsbeamten in Dresden 1921 gehaltenen Vortrag des in der Handelsaufsicht tätigen Nürnberger Gewerbekommissars Johann Kupfer.

Die Broschüre füllt eine Lücke in der neueren, sozialpolitischen Literatur aus. In klarer, übersichtlicher Weise gibt sie ein Bild über das weite Gebiet des Angestelltenstreikrechts, geht in rückschauender geschichtlicher Betrachtung den Kampf der Angestellten um die Einführung der Handelsaufsicht und weist den Weg zur Lösung dieser Frage. Im Anhang ist die Eingabe des Zentralverbandes der Angestellten betr. Änderung des § 139b der Gewerbeordnung an den Reichstag und Reichswirtschaftsrat wiedergegeben, die durch die Durchfuhrung des Materials die Notwendigkeit der vorgeschlagenen Neuregelung des § 139b der Gewerbeordnung beweist. Er ist durch die vorgeschlagene reichsgesetzliche Vorschrift wird die Durchfuhrung und Ueberwachung des Angestelltenstreikrechtes gewährleistet.

Das Studium der Broschüre ist jedem in der Angestelltenbewegung Tätigen sowie den interessierten Sozialpolitikern nur wärmstens zu empfehlen.

Der Preis der Broschüre beträgt 10 M. Sie ist durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin S.O. 26, Dranienstr. 40-41, zu beziehen.

Unter dem Titel „Betriebsrätegesetz und Gewerbe- und Kaufmannsgerichtsbefehl“ hat Genosse Clemens Köppl, Sekretär der Reichsbetriebsrätezentrale, eine 36 Seiten starke Broschüre geschrieben, die eine reiche Sammlung von Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse und Demobilisierungskommissionen, Urteilen von Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, Landgerichten, Ministerialentscheidungen u. a. m. darstellt, die für jeden Gewerbe- oder Kaufmannsgerichtsbeisitzer unentbehrlich ist, falls er jederzeit schlagfertig in die Rechtsprechung eingreifen will. Für Schlichtungsausschüsse, Rundschau und Organisationsleiter vor Schlichtungsausschüssen sowie vor Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ist der Kenntnis dieser Sammlung von Entscheidungen von großer Wichtigkeit. Der Stoff ist recht übersichtlich geordnet und mit einem Schlagwortregister versehen, wodurch ein Auffinden der zu behandelnden Materie sehr erleichtert wird.

Die Broschüre kann durch alle Parteibuchhandlungen, Buchhandlungen, durch die Ortsausschüsse des DGB. oder direkt vom Verlag bezogen werden. Sie kostet im Buchhandel 9 M. Gewerkschaftsmitglieder erhalten sie zu Vorzugspreisen durch ihre Organisationen.

Für die Zwangsorganisation der Arbeiter in Spanien machen die Unternehmerverbände Spaniens lebhaft Propaganda. Sämtliche Arbeiter müßten demnach nach Verufen in Zwangsorganisationen zusammengefaßt werden. Auf diese Weise hoffen sie die Gründung und das Bestehen der auf Grundlage des Klassenkampfes stehenden freien Gewerkschaften zu verhindern. Somit pflegen die Unternehmer im Namen „der Freiheit“ gegen die Arbeiterorganisationen aufzutreten, in diesem Fall möchten sie die ihnen gefällige Organisation zwangsweise errichten. Die Klassenbewusste Arbeiterkassen bekämpfen diesen Plan auf das bestmögliche.

**Sozialistische Proletarier-Jugend.** Die S. V. J. von Groß-Berlin beteiligt sich am Begründungabend zur Bezirks-Frauentagung am Sonnabend, den 1. April, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 1.

### Vereinskalender

#### Sonntag, den 2. April.

Arbeiterjugendvereine, vorm. 11 Uhr im Rathaus, Königsplatz. Vortrag des Herrn Dr. W. P. über: „Elite und Wehr.“ Gernotium: Die Berufs- (Wagart). — Fußballklub 15. vorm. 11 Uhr: Vortrag des Herrn Dr. Hermann Hoff: „Die Plutokratie.“ Halle willkommen.

Humanitäre Gemeinde Berlin, v. B., nachmittags 5 Uhr, Kleberstraße 12 Vortrag des Herrn Dr. Kubitzky über: „Vortragsabend“.

Turn- und Sportverein „Fischer“, Berlin, Sanitätskommissioner der Arbeitervereine des Vereins, Saalbau Friedrichshain, vorm. 10 Uhr, Eintritt 2 M. 3.—.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Gansel, Berlin; für den Inhalt und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Feuerstein, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, v. B. m. B., Berlin. — Druck von Gehring & Retzsch, v. B. m. B., Berlin, S.O. 26, Ritterstraße 76.